

UNTERSTÜTZEN SIE  
DIE BÄUERINNEN  
VON CHISUMBANJE!  
WERDEN SIE  
FEPA-MITGLIED:  
info@fepafrika.ch

www.fepafrika.ch

PC 30-2405-6

ZIMBABWE

## LANDGRABBING UND VERTREIBUNG AUCH IM «NEUEN» ZIMBABWE!

Chisumbanje liegt im Südosten Zimbabwes in einer fruchtbaren Flussebene. Hier verlieren bäuerliche Gemeinschaften ihr Land an eine riesige Zuckerrohrplantage. Statt Lebensmittel und Baumwolle als Cashcrops zu ernten, sehen die BäuerInnen, wie mit GPS-gesteuerten Traktoren und unter Einsatz von Chemie Zuckerrohr angebaut wird, aus dem in einer stinkenden Fabrik sogenannter Biotreibstoff für Autos produziert wird.

Der Menschenrechtsaktivist Claris Madhuku ist eine der engagiertesten Stimmen gegen die Vertreibung. Wir haben bei ihm nachgefragt, ob sich im neuen Zimbabwe, dem Zimbabwe nach der 37-jährigen Herrschaft von Robert Mugabe, etwas geändert habe für die BäuerInnen?

**Claris Madhuku:** In den letzten Jahren haben wir gelernt, unsere Forderungen klar zu formulieren, geeint aufzutreten und in einen Dialog zu treten. Letztlich ist das Konfliktmediationsprojekt aber vom System Mugabe blockiert worden. Schon wenige Tage nach dem Abgang von Mugabe verfassten wir einen Brief an den neuen Präsidenten, um zu testen, ob unsere Rechte nun mehr gelten.

**fepa:** Und ist eine Antwort eingetroffen?

Nicht direkt. Aber in der Öffentlichkeit sagt die neue Regierung deutlich, dass ihr etwas nicht passt an dem Deal zwischen der parastaatlichen ARDA und der Ethanolproduzentin Green Fuel. Eine parlamentarische Kommission hat den ARDA Direktor hart angegangen. Was für uns aber zählt, sind nicht die politischen Ränkespiele, sondern ob die Gemeinschaft von dem Projekt profitiert. Im Moment sehen wir starke Worte, doch noch keine Taten.

Es handelt sich also um eine Verschiebung der politischen Allianzen, ohne klare Zusagen an die BäuerInnen?

Im Landwirtschaftsministerium sitzen neue Leute. Die sogenannte Kommandolandwirtschaft ist das Steckenpferd der Militärs in der neuen Regierung. Damit soll die landwirtschaftliche Produktion erhöht und die Versorgung mit Nahrungsmitteln sichergestellt werden. Die Regierung investiert viel Geld in die Abgabe von Dünger und anderen «Inputs» für die landwirtschaftlichen ProduzentInnen. Gleichzeitig steigt nun der Druck auf das Ethanolprojekt, hinter dem der Wirtschaftsmagnat Billy Rautenbach vermutet wird, dem gute Verbindungen zu Robert Mugabe nachgesagt werden. Dennoch kennen wir die Gründe für die kritische Haltung der neuen Regierung nicht und sie könnten hauptsächlich parteipolitischer Natur sein. Mit dem Argument der Korruptionsbekämpfung ist neuerdings sogar der lokale Abgeordnete der Regierungspartei stark unter Druck gekommen.



Die neue Regierung hat auch eine Kommission für Landkonflikte eingesetzt?

Diese Kommission wurde in den letzten Wochen von Mugabes Herrschaft geschaffen, um zweifelhafte Landdeals zu untersuchen. Wichtig ist für uns, dass die neue Regierung diese Kommission ernsthaft zu unterstützen scheint.

Fast überall im globalen Süden verlieren KleinbäuerInnen den Zugang zu Land, das sie seit Generationen bestellen. Investoren, Agrarindustrie und Regierungen nehmen lokalen Gemeinschaften ihre Lebensgrundlagen. Häufig nutzen die Investoren die unklare Rechtslage rund um Landbesitz aus und machen grosse Versprechungen über die Entwicklung, die sich nicht erfüllen. In Chisumbanje in Zimbabwe ist ein solcher Prozess in Gang.

Wir wissen, dass die Expertenkommission vorhat, sich des Konflikts hier in Chisumbanje schon bald anzunehmen. Es scheint klar, dass diese Kommission sich um einen der Hauptstreitpunkte kümmern wird, nämlich die unklaren Grenzen zwischen dem Land der BäuerInnen und dem Land, auf dem Green Fuel Zuckerrohr anbaut. Wir sind zuversichtlich, dass die Kommission uns als eine wichtige Stimme aus der Gemeinschaft anhören wird.

Und die Landnahme geht inzwischen weiter?

Leider. Einen akuten Fall haben wir in den letzten Tagen in die Medien gebracht. Die BäuerInnen haben Baumwolle gepflanzt auf einem Stück Land, das ihnen zugewiesen wurde, nachdem sie von anderen Feldern vertrieben wurden. Nun ist auch dieses Land wieder bedroht und auf einem Teil davon wurde die Ernte durch Green Fuel vernichtet, ohne dass die BäuerInnen dafür eine Begründung gehört hätten. Sie fühlen sich am Gängelband. Ich finde dieses Vorgehen ist grausam gegenüber den BäuerInnen.